



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 21 -

Kiel, 14. Juli 2016
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die

138. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

*am Mittwoch, dem 13. Juli 2016, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags*

Beginn: 14:05 Uhr

Auf Antrag des Abg. Dr. Patrick Breyer (PIRATEN), [Umdruck 18/6398](#), nahm der Ausschuss einen **Bericht der Landesregierung zur „Freilassung Einbruchsverdächtiger“** entgegen. An den Bericht schloss sich eine Diskussion an.

Einstimmig kam der Ausschuss überein, sich in einer Sitzung am Mittwoch, 20. Juli 2016, um 9:30 Uhr abschließend mit den **Gesetzentwürfen zur Änderung des Landesbeamtenrechtes**, [Drucksache 18/1247](#) und [Drucksache 18/3154](#), zu befassen. Vertreter von Staatskanzlei und Finanzministerium kündigten an, dem Ausschuss eine konsolidierte Fassung des Änderungsantrages der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Umdruck 18/6409](#), vorzulegen, der alle erforderlichen redaktionellen Änderungen enthält.

Nachdem ein Antrag der Fraktion der CDU, die Vertreter der Gewerkschaften erneut anzuhören, mit den Stimmen der regierungstragenden Fraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt worden war, führte der Ausschuss zum **Gesetzentwurf über den Vollzug der Freiheitsstrafe in Schleswig-Holstein und zur Schaffung eines Justizdatenschutzgesetzes**, [Drucksache 18/3153](#), ein Gespräch mit der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, schloss seine Beratungen ab und gab folgende Voten ab:

- Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der Stimme der PIRATEN nahm der Ausschuss den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Umdruck 18/6313](#) (neu), an.
- Den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, [Umdruck 18/6341](#), lehnte der Ausschuss gegen die Stimme der PIRATEN mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung der Stimme der FDP ab.

- Den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, [Umdruck 18/6391](#), lehnte der Ausschuss gegen die Stimmen der CDU mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW bei Enthaltung der Stimme der FDP ab.
- Einstimmig beschloss der Ausschuss, Artikel 6 Satz 1 wie folgt zu fassen: „Das Gesetz tritt am 1. September 2016 in Kraft.“

Den so geänderten Gesetzentwurf der Landesregierung, [Drucksache 18/3153](#), empfahl der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN zur Annahme.

Der Ausschuss schloss seine Beratungen zum **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften**, [Drucksache 18/3500](#), ab. Den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Umdruck 18/6381](#), nahm der Ausschuss mit den Stimmen der Regierungskoalition gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der Stimme der PIRATEN an. Den so geänderten Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 18/3500](#), empfahl der Ausschuss mit den Stimmen der Regierungskoalition gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der Stimme der PIRATEN mit redaktionellen Änderungen dem Landtag zur Annahme.

Ebenfalls abschließend befasste sich der Ausschuss mit den **Gesetzentwürfen zur Änderung der Präambel der Landesverfassung**. Nach Rücksprache mit den Antragstellern erklärte Abg. Dr. Dolgner (SPD), dass der Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Ralf Stegner (SPD) und Martin Habersaat (SPD), [Umdruck 18/6283](#), zurückgezogen worden sei. Der Ausschuss befasste sich im Wege der Selbstbefassung mit dem Gesetzentwurf der Abgeordneten mehrerer Fraktionen, [Drucksache 18/4408](#). Einstimmig kam der Ausschuss überein, zu den Gesetzentwürfen ([Drucksache 18/4107](#) (neu), [Drucksache 18/4264](#) und [Drucksache 18/4408](#)) dem Landtag nur einen Bericht, aber keine Beschlussempfehlung zuzuleiten.

Zum **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG)**, [Drucksache 18/3945](#), führte der Ausschuss ein Gespräch mit einer Vertreterin des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten, welche zusagte, dem Ausschuss ihre Stellungnahme schriftlich zur Verfügung zu stellen. Der Ausschuss schloss sodann seine Beratungen zu der Vorlage ab und schloss sich einstimmig dem Votum des federführenden Umwelt- und Agrarausschusses an.

Schließlich beendete der Ausschuss auch seine Befassung mit den Anträgen zu **Abstandsregelungen für Windenergieanlagen**, [Drucksache 18/4249](#) (neu), [Drucksache 18/4271](#) (neu) und [Drucksache 18/4297](#). Nachdem der Antrag der CDU, eine schriftliche Anhörung durchzuführen, mit den Stimmen der Regierungskoalition gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt wurde, schloss der Ausschuss sich einstimmig dem Votum des federführenden Wirtschaftsausschusses an.

Schluss: 16:30 Uhr

gez. Dörte Schönfelder